

STARKE AUSSAGEN – MEINUNGEN UND FAKTEN

4/2025

Der öffentliche Diskurs ist der notwendige Katalysator politischer Entscheidungen. Er basiert auf Meinungen und Fakten. Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen nimmt eine aktive Rolle als Plattform in diesem Diskurs ein. Sie zeigt Entwicklungen bei aktuellen und zukünftig wegweisenden Fragestellungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf und bringt relevante Akteure in den fachlichen Dialog.

In dieser Ausgabe

ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT – EIN WEG ZUR RESILIENZ?

Im Osten Europas tobt ein Angriffskrieg, Naturkatastrophen häufen sich, die demographische Entwicklung stellt immer größere Anforderungen an die sozialen Dienste, gesellschaftliche Spannungen belasten den Zusammenhalt. Wie kann die Bundesrepublik diesen Herausforderungen begegnen? Eine allgemeine Dienstpflicht könnte ein Teil der Lösung sein. Sie bringt junge Menschen im Rahmen einer Wahlpflicht in Berührung mit der Bundeswehr, den Blaulichtorganisationen und sozialen wie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen. Auf diese Weise fördert sie die Resilienz der Gesellschaft.

Wir haben daher Experten aus Wissenschaft, Politik, Verbänden und betroffenen Organisationen gefragt:

Brauchen wir eine allgemeine Dienstpflicht – wenn ja: Wie lässt sie sich umsetzen?

Redaktion: Dr. Claudia Schlembach, Referatsleiterin Wirtschaft & Finanzen in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (inhaltlich verantwortlich); Thomas Haslböck, Referatsleiter Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog, Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.; Layout und Satz: Marion Steib, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München

ISSN online: 2944-5108



© Abgeordnetenbüro Bausback

Prof. Winfried Bausback, MdL
Staatsminister a. D.
Stv. Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion

«Freiheit braucht Sicherheit»

„Keine echte Freiheit ohne Sicherheit. Eine allgemeine Dienstpflicht ist notwendig. Wir brauchen auch in Zukunft funktionierende Feuerwehren, ausreichende Rettungs- und soziale Dienste, ein gut aufgestelltes Technisches Hilfswerk und vieles mehr. Ohne dass sich alle einbringen, ist das nicht erreichbar angesichts der Herausforderungen unserer Zeit. Nur wenn alle anpacken, werden wir heute und morgen Sicherheit und Freiheit genießen und gewährleisten.“



© THW

Sabine Lackner
Präsidentin der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)

«Einsatzfähigkeit weiter ausbauen»

„Das THW ist die Zivilschutzorganisation des Bundes mit rund 88.000 ehrenamtlichen Einsatzkräften. Bereits seit 75 Jahren erfüllt sie ihren gesetzlichen Auftrag und leistet unter anderem technische Hilfe im Bevölkerungsschutz. Einer allgemeinen Dienstpflicht junger Menschen stehen wir offen gegenüber, die Einsatzfähigkeit des THW würde dadurch weiter ausgebaut. Das Wissen, das wir im THW vermitteln, stärkt die Resilienz der jungen Menschen, und wird durch diese auch in ihre Familien- und Freundeskreis getragen.“



© Ferdinand Weber

Dr. Ferdinand Weber
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Völker- und Europarecht,
Universität Göttingen

«Gesellschaftliche Akzeptanz notwendig»

„Eine allgemeine Dienstpflicht bedeutet eine über die Wehrpflicht hinausreichende, neue Grundpflicht. Das setzt eine Verfassungsänderung voraus, die politischer Mehrheiten und gesellschaftlicher Akzeptanz bedarf. Völker- und europarechtliche Einwände stünden im Ergebnis nicht entgegen. Die Europäische Menschenrechtskonvention lässt den Staaten Raum, gestützt auf den Leitgedanken sozialer Solidarität auf neue Lagen reagieren zu können. Damit ist die Erwartung einer breiten gesellschaftlichen Debatte verbunden. Es ist ermutigend, dass sie jetzt geführt wird.“



Prof. Dr. Patrick Sensburg

Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr
Oberst d. R.

«Gesamtverteidigung braucht Dienstpflicht»

„Ja wir brauchen eine allgemeine Dienstpflicht, denn nur durch einen Wehrdienst ist das Konzept der Gesamtverteidigung nicht tragfähig. Deshalb setzen wir uns als Reservistenverband bereits seit 2015 für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ein. Konkret heißt das, dass nicht nur der Dienst in der Bundeswehr verteidigungsrelevant ist, sondern auch beispielsweise beim THW, den Feuerwehren oder den Sanitätsdiensten. Sie fördert zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vermittelt Verantwortung für unser Gemeinwesen. Durch ein modernes Modell mit militärischen und zivilen Einsatzbereichen kann sie fair und praktikabel umgesetzt werden. Um eine solche Dienstpflicht zu realisieren, braucht es vor allem den politischen Willen, aber auch die Beteiligung und Mitnahme junger Menschen, die das betrifft.“

Dr. Leander Scholz
Philosoph und Schriftsteller



«Republikanische Erfahrung von Freiheit»

„Ohne eine engagierte Republik werden die Zukunftsaufgaben nicht zu meistern sein. Sowohl das freiwillige Engagement als auch eine Dienstpflicht können dazu einen Beitrag leisten. Aber ein Appell an die individuelle Neigung ist grundsätzlich verschieden von einer allgemeinen Verpflichtung, die es ermöglichen würde, den privaten Raum zu überschreiten und eine republikanische Erfahrung von Freiheit zu machen, die unter der Dominanz individueller Freiheitsbegriffe fast verschwunden ist.“



Thomas Huber, MdL

Stv. Vorsitzender des Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

«Dienstpflicht schafft Gemeinsinn»

„Unsere Demokratie lebt vom Mitmachen. Doch der Staat ist kein bloßer Dienstleister – er braucht unseren persönlichen Einsatz. Ob im Sozialen, für unsere Sicherheit oder im Umwelt- und Klimaschutz: Eine Dienstpflicht stärkt den Zusammenhalt im Land und schafft Gemeinsinn. Denn der Staat sind wir alle.“



© Hertie-Stiftung/Stefan Lucks

Dr. Grzegorz Nocko
Director, Robert Bosch Academy

«Attraktive Rahmenbedingungen schaffen»

„Die entscheidende Frage ist weniger, ob wir eine allgemeine Dienstpflicht brauchen, sondern ob wir attraktive Rahmenbedingungen schaffen, die junge Menschen motivieren, einen Dienst zu leisten. Ein Dienst wird nur dann wirksam – gesellschaftlich wie individuell – wenn er gut organisiert, fair vergütet und als echte Lernerfahrung gestaltet ist.“



© BSV

Michael Weiß
Vorsitzender der Bayerischen Sportjugend im BLSV e.V.

«Betroffene intensiv einbinden»

„Wir brauchen eine allgemeine Dienstpflicht, um zum einen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen und zum anderen die Freiwilligendienste weiterentwickeln zu können. Wir müssen in diesem Prozess zwingend die betroffenen Teile der Gesellschaft, also die jungen Menschen sowie die dazugehörigen Jugendverbände und Träger intensiv einbinden, um die Herausforderungen bei der Schaffung von Strukturen und Standards meistern zu können. Leistungsbereitschaft und Sport bilden dabei die Basis für eine physisch und psychisch resiliente Gesellschaft.“



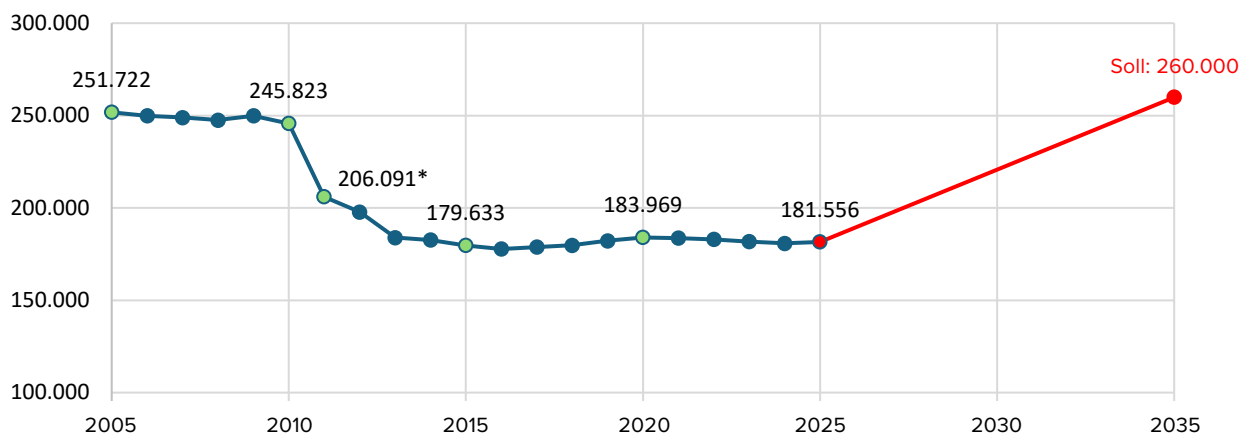
© Regens-Wagner-Stiftungen

Pfarrer Rainer Remmele
Geistlicher Direktor der Regens-Wagner-Stiftung Dillingen

«Kontakt mit neuen Lebenswelten»

„Der Mensch ist ein soziales Wesen, er kann nicht ohne andere Menschen leben. Jeder ist mit seinen Talenten und Kompetenzen für die Gemeinschaft wichtig. Eine allgemeine Dienstpflicht könnte dies wieder mehr ins Bewusstsein heben und Menschen in Kontakt mit neuen Lebenswelten bringen (Begleitung von Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren, Kranken, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund, Aufgaben im Umweltschutz, bei Feuerwehr, Sanitätsdienst usw.). Manche würden dabei an sich neue Talente und Leidenschaften entdecken. Und viele würden erfahren: Diese Arbeit macht für mich Sinn. Die Dienstzeit sollte ausreichend lang sein. Denn soziale Arbeit ist Beziehungsarbeit, die Zeit braucht. Und das ist seine Zeit wert!“

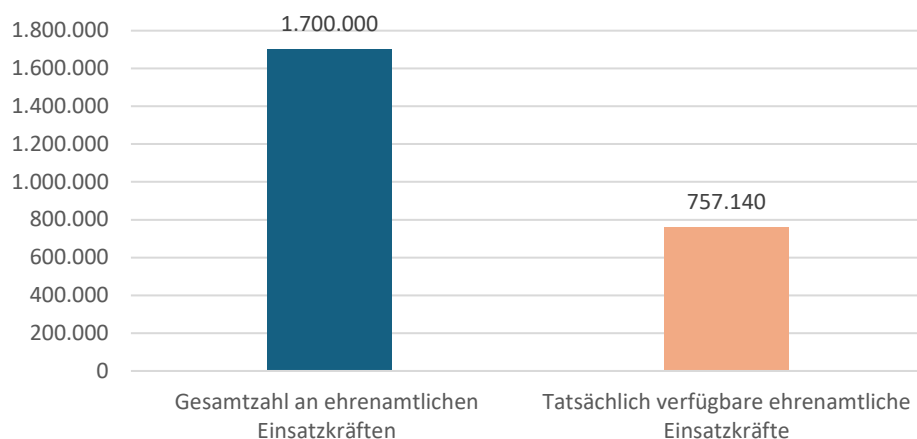
ENTWICKLUNG DER AKTIVEN TRUPPE UND SOLLSTÄRKE 2035



Quelle: Bundeswehr/Statista/Bundestag

* 2011: Aussetzung der Wehrpflicht

VERFÜGBARE EINSATZKRÄFTE IN DEN BLAULICHTORGANISATIONEN



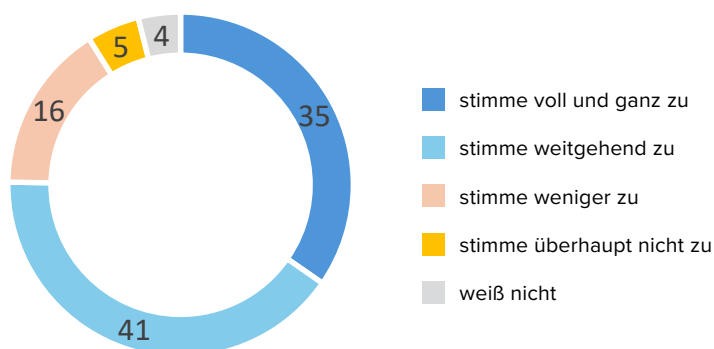
Die Grafik verdeutlicht den Unterschied zwischen der Gesamtzahl an ehrenamtlichen Einsatzkräften und den tatsächlich verfügbaren Personen. Berufliche Verpflichtungen in kritischen Infrastrukturen und Mehrfachengagement in verschiedenen Organisationen reduzieren die real verfügbare Einsatzstärke erheblich.

Quelle: Berliner, Leon et al.: Wer kommt, wenn es knallt? Verfügbarkeit von Einsatzkräften im Bevölkerungsschutz, aufrufbar unter: <https://doi.org/10.1007/s10049-025-01610-8>, 2025

GEFÄHRDUNGSAHRNEHMUNG ZUSAMMENHALT

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

„Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet.“



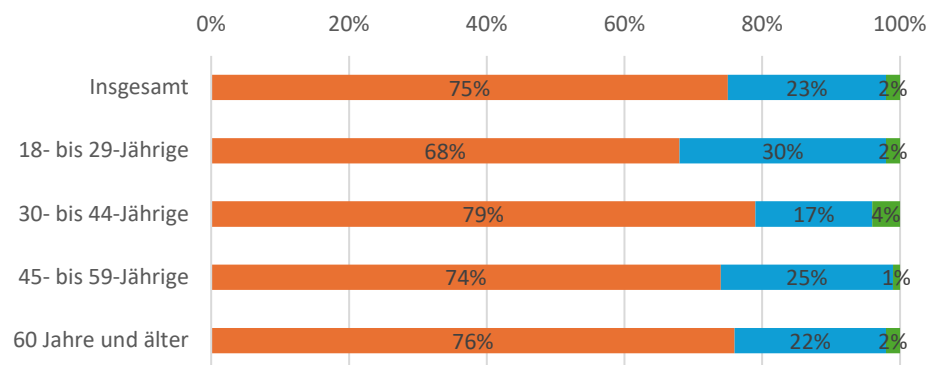
Der Zusammenhalt leidet darunter, dass Angehörige verschiedener gesellschaftlicher Milieus sich nicht mehr persönlich begegnen. Dadurch geht das Verständnis für die Interessen und Probleme der Mitmenschen verloren – und damit die Voraussetzung für Kompromissbereitschaft und demokratische Umgangsformen. Eine allgemeine Dienstpflicht wirkt dieser Tendenz entgegen, indem sie Menschen aus allen Schichten miteinander in Kontakt bringt.

Quelle: Zusammenhaltsstudie von ARD, ZDF und Deutschlandradio (2025)

https://ard-zdf-deutschlandradio-zusammenhaltsstudie.de/assets/fohlen/Zusammenhaltsstudie_2025_zentrale_Ergebnisse.pdf

ZUSTIMMUNG DER BEVÖLKERUNG ZU „SOZIALER PFLICHTZEIT“

„Soziale Pflichtzeit“ für alle?



Quelle:

Forsa für den stern und
RTL (11/2025)

Die Einführung einer „sozialen Pflichtzeit“, in deren Rahmen jeder Bundesbürger im Laufe seines Lebens mindestens sechs Monate in bestimmten Bereichen einen Beitrag für die Gesellschaft leisten müsste, fänden grundsätzlich

gut nicht gut weiß nicht



Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

«Neue Stärke im Miteinander»

„Unser Land braucht neue Stärke im Miteinander. Eine gemeinsame Dienstzeit für junge Erwachsene – in ganz unterschiedlichen Bereichen – kann Verantwortungsbereitschaft fördern, Zusammenhalt vertiefen und uns widerstandsfähiger machen. Wichtig ist, dass dieser Dienst in engem Dialog mit der betroffenen Altersgruppe und potenziellen Trägern konzipiert wird. Nur so entsteht ein Modell, das praktikabel ist, echten Mehrwert schafft und breite Zustimmung findet.“

Konsequenzen und Maßnahmen

Eine allgemeine Dienstpflicht für junge Erwachsene umfasst die Bereiche Bundeswehr, Bevölkerungsschutz, Soziales, Umwelt, Kirche, Kultur und Sport. Ihr Zweck ist die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz und sie trägt vielfältig dazu bei:

1. Sie ermöglicht es, die NATO-Ziele zu erreichen, indem sie den deutlich erhöhten Personalbedarf der Bundeswehr deckt.
2. Sie stärkt die Organisationen des Bevölkerungsschutzes personell, erhöht deren Rekrutierungsrate und vermittelt grundlegende Notfall- und Selbstschutzkompetenzen.
3. Sie bringt Menschen aus unterschiedlichen sozialen Kontexten zusammen und fördert so Offenheit, Kompromissbereitschaft und kollektive Handlungsfähigkeit.
4. Sie macht die Bedürfnisse der Gesellschaft individuell erfahrbar und übt soziale Tugenden wie Hilfs- und Verantwortungsbereitschaft ein.

Eine erfolgreiche Umsetzung der Dienstpflicht braucht folgende Punkte:

- ➔ **Attraktivität.** Junge Menschen sollen Zeitpunkt und Einsatzbereich ihres Dienstes weitgehend frei bestimmen können. Eine faire Vergütung ist zwingend.
- ➔ **Flexibilität.** Neben Vollzeitmodellen sind Teilzeit- und Mehrjahresmodelle zu ermöglichen.
- ➔ **Inklusivität.** Resilienz ist ein gesamtgesellschaftliches Ziel. Eine Dienstpflicht muss beide Geschlechter und auch Nicht-Staatsbürger umfassen, die sich dauerhaft in Deutschland aufhalten.
- ➔ **Prozessualität.** Eine Umsetzung der Dienstpflicht erfolgt schrittweise. Die Wiedereinführung von Wehr- und Zivildienst, eine Implementierung des Freiwilligendienstes Bevölkerungsschutz und die Stärkung bestehender Programme (FSJ, BFD) können der Vorbereitung entsprechender Strukturen dienen.